

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Ulla Jelpke, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der Abgabe einer Regierungserklärung
durch den Bundesminister des Auswärtigen**

Fortschritte und Herausforderungen in Afghanistan

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit neun Jahren wird die Bundeswehr in unterschiedlicher Truppenstärke in Afghanistan eingesetzt, ohne dass die Bundesregierung bisher dem Deutschen Bundestag und der Öffentlichkeit eine Bilanz des Krieges vorgelegt hat. Auch der „Fortschrittsbericht“ der Bundesregierung, der Gegenstand der Regierungserklärung ist, ist den Abgeordneten des Deutschen Bundestages nur wenige Tage vor der Debatte zugegangen. Er konnte nicht in der notwendigen Konsequenz von allen Mitgliedern des Deutschen Bundestages geprüft werden.

Die Sicherheitslage in Afghanistan hat sich auch in den vergangenen Monaten kontinuierlich verschlechtert. Täglich verschärft sich der Krieg. Die NATO erhöhte ihre Kampftruppen auf 140 000 Soldatinnen und Soldaten, intensivierte den Krieg und weitete Bombardierungen und Drohnenangriffe bis nach Pakistan aus. Aktuelle Zahlen der International Crisis Group (Afghanistan: Exit vs. Engagement, 28. November 2010) belegen die brutale Wirklichkeit des Krieges: In den ersten sechs Monaten des Jahres 2010 stieg die Zahl gewalttätiger Zwischenfälle in Afghanistan um 70 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum an. Es wurden 82 Prozent mehr selbstgebaute Sprengkörper genutzt und die Zahl von verletzten und getöteten Zivilistinnen und Zivilisten stieg um ein Drittel auf 3 268. Davon wurden 1 271 Menschen getötet. Bis zum 20. November 2010 war die Zahl von getöteten NATO-Soldaten und -Soldatinnen mit 650 höher als in den Vorjahren. Zugleich attestiert die International Crisis Group in ihrem Bericht, dass die Taliban aktiver sind als je zuvor. Trotz der Erhöhung der Einsatzkräfte der internationalen Kampftruppen weiteten die bewaffneten Aufständischen ihre Angriffe aus. Zwischen Juli und September 2010 stiegen sie um knapp 60 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Und schon 2009 waren sie gegenüber 2008 um 43 Prozent angestiegen. Auch der Sonderbeauftragte der Bundesregierung für Afghanistan, Michael Steiner, kommt zu dem Urteil:

„Jeder weiß, dass es in Afghanistan keine militärische Lösung geben kann“ (DER TAGESSPIEGEL, 19. November 2010).

Der sogenannte Abzug in Verantwortung, auf den sich die NATO-Staaten auf ihrem Gipfel in Lissabon im November 2010 verbal verständigten, bedeutet, dass der Krieg mindestens vier weitere Jahre fortgeführt werden soll. Auch soll der Abzug allerhöchstens ein Teilabzug sein. Die NATO hat bereits bestätigt, dass mindestens 50 000 NATO-Soldatinnen und -Soldaten im Land bleiben sollen. Zudem wird das Datum 2014 bereits von der NATO selber wieder relativiert. Anders als in diesen NATO-Planungen hatten bzw. haben einzelne NATO-Mitgliedstaaten die Abzugstermine ihrer Truppenkontingente verbindlicher festgelegt: Niederlande (August 2010), Kanada (Ende 2011).

Das bisherige Vorgehen der internationalen Gemeinschaft ist gescheitert. Die unterstützte Regierung von Hamid Karsai gilt als korrupt und wenig einflussreich und konnte sich ihre Macht nur durch massiven und von der ISAF tolerierten Wahlbetrug erhalten. Bei der Parlamentswahl am 18. September 2010 wurden allein 5 100 formelle Beschwerden eingelegt und in 634 Fällen wurde gesetzeswidriger Wahlkampf geführt (Sachstandsbericht der Bundesregierung vom 27. September 2010). Die zahlreichen Unregelmäßigkeiten haben gezeigt, dass unter den Bedingungen von Krieg und Besatzung keine freien und fairen Wahlen stattfinden können.

In den ländlichen Regionen liegt die Macht zumeist in den Händen von Stammesfürsten. Eine politisch-emanzipatorische Zivilgesellschaft, die der einzige Garant für einen nachhaltigen Frieden sein kann, konnte sich kaum entwickeln, da sie zwischen extremistischen Kräften, militärischer Besatzung und einer aus dem Ausland gesteuerten, schwachen Regierung zerrieben wird.

Die soziale Lage in Afghanistan ist nach wie vor katastrophal. Rund 80 Prozent der Frauen und 60 Prozent der Männer können nicht lesen. Weniger als 19 Prozent der Bevölkerung haben Zugang zu medizinischer Versorgung und sauberem Wasser (vgl. www.welthungerhilfe.de, 15. November 2010). Laut den Zahlen der Weltbank liegt die Säuglingssterblichkeit bei 199 Kindern pro 1 000 Geburten. Sie ist damit 50-mal so hoch wie in Deutschland. Im Human Development Index 2010 wird berechnet, dass sich 2,8 Millionen Afghaninnen und Afghanen auf der Flucht befinden.

Diese Zahlen zeigen, dass die 6,2 Mrd. Euro, die die Bundesregierung seit 2002 für den Afghanistaneinsatz ausgegeben hat, alle Bemühungen um wirtschaftlichen Aufbau und menschliche Entwicklung konterkarieren. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) kommt zu dem Ergebnis, dass der Bundeswehreinsatz in Afghanistan dreimal so teuer sei wie bekannt ist und veranschlagt die Fortsetzung des Bundeswehreinsatzes mit rund 3 Mrd. Euro pro Jahr. Für den zivilen Aufbau werden deutlich weniger finanzielle Mittel, und diese auch nicht gezielt genug, eingesetzt.

Zahlreiche Entwicklungsorganisationen haben erneut kritisiert, dass die Vermischung ziviler und militärischer Aktivitäten ihre Arbeit nahezu unmöglich macht. Eine im November 2010 von Oxfam und 28 afghanischen Nichtregierungsorganisationen veröffentlichte Studie fordert die sofortige Einstellung der Provincial Reconstruction Teams (Oxfam et al.: *Nowhere to Turn – The Failure to Protect Civilians in Afghanistan*, November 2010).

Das Ansehen der ISAF-Verbände und der die Truppen stellenden Staaten, auch das Ansehen der Bundeswehr und Deutschlands, ist dramatisch gesunken, sie werden eindeutig als Besatzungsarmee wahrgenommen. Nach der aktuellen Umfrage (im Auftrag von WDR, ABC, BBC und The Washington Post) stellen rund zwei Drittel der Afghaninnen und Afghanen den amerikanischen und den Nato-Truppen ein schlechtes Zeugnis aus. Landesweit haben inzwischen 41 Prozent eine negative Meinung über Deutschland – so viele wie nie seit 2007,

als diese Frage das erste Mal gestellt wurde. Landesweit sprechen erstmals mehr Afghaninnen und Afghanen dem Engagement der Deutschen eine negative (plus 9 auf 28 Prozent) als eine positive Rolle (minus 7 auf 25 Prozent) zu. Nächtliche Hausdurchsuchungen und Luftangriffe, die wachsende Anzahl der zivilen Opfer und die politischen und sozialen Verbindungen zu Warlords und unter Korruptionsverdacht stehenden Politikern sind nur einige der Ursachen.

Die internationale Gemeinschaft hat auf den Konferenzen in London im Januar 2010 und Kabul im Juli 2010 einen Strategiewechsel propagiert, der die Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die afghanische Regierung bis 2014 vorsieht. In Wirklichkeit bedeutet dieses lediglich, die Kosten und Risiken des Krieges verstärkt eilig ausgebildeten afghanischen Sicherheitskräften aufzubürden. Nicht der Krieg darf afghanisiert werden, sondern der Friede in Afghanistan bedarf der Selbstbestimmung der afghanischen Bevölkerung. Nur die sofortige Einstellung aller militärischen Aktivitäten und eine breit angelegte Förderung der Zivilgesellschaft können das Leid der Afghaninnen und Afghanen lindern.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- unverzüglich die deutschen Soldatinnen und Soldaten aus Afghanistan abzuziehen;
- demokratische, progressive und emanzipatorische Kräfte in Afghanistan zu unterstützen, um einen wirksamen Friedensprozess in Gang zu bringen;
- die aus dem Bundeshaushalt für Afghanistan aufgebrauchten Mittel für zivile und gewaltfreie Maßnahmen aufzuwenden und jegliche Verknüpfung von militärischen und zivilen Maßnahmen umgehend zu beenden.

Berlin, den 15. Dezember 2010

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

